

Peter Erlanson

auf der Zwischenkundgebung am Marktplatz der Demonstration am 17. September 2009

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe BürgerInnen, liebe KollegInnen,
das Motto der heutigen Demonstration heißt: Wir zahlen nicht für eure Krise!

Mein Name ist Peter Erlanson - ich bin Mitglied der Bremischen Bürgerschaft für DIE LINKE.
Außerdem bin ich Betriebsrat in einem kommunalen Krankenhaus der Stadt und kämpfe schon seit Jahren gegen Privatisierung und Stellenabbau.
Stellenabbau im Krankenhaus bedeutet immer Abbau der Versorgungsqualität, bedeutet immer Vorbereitung zur Privatisierung und Rationierung von Gesundheitsdienstleistung auf Kosten der Allgemeinheit.

Allgemeinheit??!

Immer, KollegInnen, dass solltet ihr euch merken, dass habe ich gelernt, immer wenn Reiche und ihr politisches Personal von Allgemeinheit sprechen, meinen sie, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden müssen! Zum Beispiel:

Was haben wir eigentlich mit der Pleite der Investment Bank der "Lehmann Brothers" vor einem Jahr zu tun?

Habt ihr da Aktien?! Höre ich da was?! Habt ihr Aktien ... Ja oder nein?!!

Na, also! Sind wir Teil des Problems, oder sind wir Teil der Lösung!

KollegInnen, ein Herr Ackermann ob er nun gierig ist, oder nur geistig verwirrt, stört es mich?
Eigentlich nicht.

Aber, diese politische Klasse von Besserverdienenden und Sozialschmarotzern hat es nach dem Zusammenbruch des Ostens im Jahr 1989 geschafft, in Deutschland und weltweit Milliarden von unten nach oben umzuverteilen.

In der Finanz- und Systemkrise der letzten Monate mussten wir erneut erleben, dass Milliarden zur Rettung der Banken und Konzernen z.B. der umweltschädigenden Autoindustrie von den Regierungen aufgebracht werden konnten, während für soziale Belange immer kein Geld da war!

Wir kämpfen für Rettungsschirme für Menschen und nicht für die Profitgarantie von Aktienbesitzern weltweit.

Menschen wie Du und ich sind in diesem System nur Kostenfaktoren, die letztendlich abgeschafft werden müssen.

BürgerInnen und KollegInnen!

Ein Problem für die Herrschenden ist rein machttechnisch die Frage, wie können sie nach der Bundestagswahl die Beschäftigten, die RentnerInnen, die Sozialbenachteiligten zur Zahlung für ihre Krise heran ziehen? Neben der normalen unsozialen Gesetzgebung im Bund, wie Erhöhung der Mehrwertsteuer oder Senkung der Steuern für Reiche und Konzerne gab es da noch eine Föderalismuskommission auf Länderebene.

Ein durch und durch neoliberales Konzept, dass die Länder in eine Konkurrenz um die niedrigsten Kosten zwingen soll. Erschreckendes Ergebnis dieser Verhandlungen, die durch den Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) und der Finanzsenatorin Karoline Linnert (Grüne) abgesegnet wurden, ist die so genannte "Schuldenbremse". Klingt eigentlich ganz gut und harmlos - ist es aber nicht. Ganz im Gegenteil!

Schuldenbremse bedeutet forcierten Sozialabbau, - den wir neben den allgemeinen Kosten der Krise noch zusätzlich in den einzelnen Ländern bezahlen sollen!

Wir wollen nicht für ihre Krise bezahlen, sie aber haben ein Konzept entwickelt, wie wir doch die Zeche bezahlen sollen. Konkret: die Schuldenbremse bedeutet, dass Bremen 9 Jahre jährlich 300 Mio. als Zinsbeihilfe bekommt.

Dafür soll ab 2020 soll der Haushalt in Bremen samt der Zinsbelastung ausgeglichen sein. Außerdem gilt im Rahmen der Schuldenbremse ab 2020, dass der Bund sich noch mit 0,5 Prozent verschulden darf, die Länder überhaupt nicht mehr.

Da die Bremer Zinszahlungen bereits jetzt die zugesagten 300 Mio. Euro pro Jahr überschritten haben, wird 2020 die Zinsbelastung für Bremen ca. 800 Millionen Euro betragen.

Die Finanzsenatorin hat zugeben, dass dieser Sanierungspfad dazu führen wird, dass ab 2011 selbst die gesetzlich vorgeschriebenen Regelausgaben nach Tarifverträgen, oder nach Sozialgesetzgebung nicht mehr eingehalten werden können, - also der Sozialkahlschlag auch auf die sozialstaatlichen Regelaufgaben durchschlägt.

Es ist zu befürchten, das in Bremen alles was bisher öffentlich war, privatisiert wird, das Personal im Öffentlichen Dienst von Krankenhäusern, Feuerwehren, Polizei, KITAS und Schulen etc. weiter drastisch abgebaut wird, die Tarifverträge geschleift werden.

Diese sogenannte Schuldenbremse bedeutet also eine weitere Abwälzung der Kosten der Krise auf uns! Das müssen wir verhindern, durch den Widerstand im Parlament, vor allem aber auf der Straße! Ich bin der Meinung, dass dieses breite Bündnis heute von Gewerkschaften, über außerparlamentarischen Initiativen und Organisationen bis hin zu den LINKEN im Parlament weitergeführt werden muss!

**Die Herrschenden fürchten nichts mehr als die Einheit der Linken in all ihrer Vielfalt.
Vorwärts BremerInnen und nicht vergessen, es gibt viel gemeinsam zu tun: Tun wir es Ihnen an!**